

# NEUE LUZERNER ZEITUNG



**Billig** Einen Haarschnitt für unter 30 Franken – das gibt es immer öfter. Luzerner Coiffeure sind unzufrieden. **21**

**Teuer** VW will im Dieselskandal mit einer Zahlung von 15 Milliarden Dollar US-Kunden zufrieden stellen. **11**

**Unbezahlbar** Die Isländer führen an der Fussball-EM eine begeisternde Show auf. **25**

## Tote bei Anschlag an Flughafen

**ISTANBUL** sda. Bei einem Selbstmordanschlag auf den Atatürk-Flughafen der türkischen Millionenmetropole Istanbul sind gestern Abend mindestens 28 Menschen getötet worden. Diese Zahl nannte der Gouverneur der türkischen Metropole. Über die Nationalität der Opfer war zunächst nichts bekannt.

Aus türkischen Regierungskreisen hiess es, Polizisten hätten vor der Sicherheitskontrolle am Eingang des internationalen Terminals auf der Ebene für ankommende Passagiere das Feuer auf Verdächtige eröffnet. Drei Verdächtige hätten sich daraufhin in die Luft gesprengt. Mehrere Menschen seien verletzt worden. Die Nachrichtenagentur DHA meldete, es sei an zwei verschiedenen Orten am Flughafen zu Terrorangriffen gekommen.

32

## Sportanlagen vor dem Aus?

**WÜRZENBACH** kuy. Die Sportanlagen im Luzerner Würzenbachquartier werden womöglich 2020 abgerissen. Darauf weisen verschiedene Indizien hin. Unter anderem läuft das Baurecht zu diesem Zeitpunkt aus.

Bruno Weishaupt, Verwaltungsratspräsident der Sportanlagen Würzenbach AG, sagt: «Der Verwaltungsrat hat zur künftigen Entwicklung verschiedene Szenarien ausgearbeitet und dem Hauptaktionär vorgelegt.» Hauptaktionär ist die Stadt Luzern. Auch der Kanton hält 24 Prozent der Wertpapiere – und will diese trotz mangelnder Rendite nicht verkaufen. Im Zusammenhang mit dem Grundstück spricht der Luzerner Finanzdirektor Marcel Schwerzmann (parteilos) von «Entwicklungspotenzial».

17

## Cameron versucht zu beruhigen

**BRÜSSEL** sda. Der Brexit hat gestern das Gipfeltreffen der EU-Staaten und die Regierungschefs in Brüssel dominiert. Der französische Präsident François Hollande bezeichnete den britischen Entscheid, aus der EU auszutreten, als «schmerzhaft». Die EU-Chefs erwarten von London jetzt aber entschlossenes Handeln. Denn die aktuell herrschende Unsicherheit bereitet den Politikern der EU Sorge. «Ich bin überzeugt, es gilt keine Zeit zu verlieren», sagte daher Hollande.

Der britische Premier David Cameron versuchte vor Gipfelbeginn, die Gemüter zu beruhigen. «Ich will, dass dieser Prozess so konstruktiv wie möglich verläuft», sagte er zum Ausscheiden seines Landes aus der Union. Grossbritannien wolle «Europa auf keinen Fall den Rücken zukehren». **Kommentar 5. Spalte**

2/3

# Marcel Schwerzmann hielt NFA-Zahlen zurück

**LUZERN** Die massiv tieferen Beiträge aus dem neuen Finanzausgleich (NFA) sind dem Finanzdirektor seit Mitte April bekannt. Er hat die Information für sich behalten. Warum?

nus. Gross war die Überraschung bei den Luzerner Parteien, als sie am vergangenen Dienstag von Finanzdirektor Marcel Schwerzmann vertraulich über die NFA-Zahlungen für 2017 informiert wurden. Luzern erhalte rund 38 Millionen Franken weniger als budgetiert, teilte Schwerzmann den Fraktionschefs im Kantonsrat in einer Aktennotiz mit. Auch Schwerzmann selber gab sich zwei Tage später, als er die Öffentlichkeit offiziell orientierte, überrascht: Die Regierung habe die Mindererträge «nicht in diesem Ausmass kommen sehen». Nun zeigen Recherchen unserer Zeitung,



**«Die Trendmeldung war mir hausintern bekannt.»**

MARCEL SCHWERZMANN, LUZERNER FINANZDIREKTOR

dass Schwerzmann bereits am 20. April über die Grössenordnung des Minderertrags informiert war. Dann nämlich erhielten alle kantonalen Finanzverwalter ein Mail von der Eidgenössischen Finanzverwaltung. Schwerzmann selber hat das Mail nicht direkt erhalten, sagt auf Anfrage aber: «Die Trendmeldung war mir hausintern bekannt.»

**«Information nicht zu verantworten»**

Warum er die kantonsrätliche Planungs- und Finanzkommission (PFK) darüber nicht informiert hat, begründet der Parteilose unter anderem so: «Die Tatsache, dass in Luzern ja jede vertrauliche Information sofort an die Öffentlichkeit gelangt, hat zur Folge, dass eine Information nicht zu verantworten ist.»

Bei den Fraktionschefs und Präsidenten der Luzerner Parteien kommt Schwerzmanns Nichtinformation schlecht an. Er hätte die PFK nach dem 20. April «zwingend informieren müssen», sagen etwa CVP-Fraktionschef Ludwig Peyer und SP-Präsident David Roth.

17



## Schöne Aussicht für GA-Besitzer

Gratis mit dem Generalabonnement auf die Klewenalp (Bild): Das ist seit Anfang Monat möglich. Damit hofft man, besonders im Sommer mehr Kunden auf den Berg zu locken. In der Zentralschweiz können sich das nur die wenigsten grössten Bergbahnen leisten – aber nicht aus finanziellen Gründen. Bild Boris Bürgisser

23

## KOMMENTAR

### Gefährliche Führungsrolle

**K**anzlerin Merkel betonte in den letzten Tagen mehrmals, dass kein Staat in der schwersten Krise der EU den Takt vorgeben werde. Entscheidungen treffen würden «immer alle 27 Staaten gemeinsam», sagte sie.

Diese Worte stehen allerdings im Widerspruch zu ihren Taten. Seit Freitag gibt die Kanzlerin den Takt vor. Seit Samstag reisen die Aussenminister und Präsidenten der wichtigsten EU-Staaten zu Besuchen nach Berlin. Nach dem möglichen Wegfall Grossbritanniens aus dem europäischen «Club» will Berlin mit Rom und Paris die neue Allianz bilden. Kleinere und mittlere EU-Mitglieder fühlen sich aussen vor gelassen. Das ist verheerend. Gerade jetzt braucht die EU das Signal der Einigkeit.

Stark wird Merkels neues Bündnis mit Italien und Frankreich allerdings kaum sein. In Frankreich steht Hollande vor den Präsidentschaftswahlen im Frühjahr unter starkem Druck. Und Matteo Renzi's Vorstellungen, wie die EU wirtschaftlich zu führen ist, weichen stark von jenen Merkels ab.

Dass auch in Deutschland im nächsten Jahr gewählt wird, macht sich ebenfalls bemerkbar. Innenpolitisch verstärken sich die Diskrepanzen im Regierungslager aus Union und SPD: Der europäischen Sparpolitik von Merkel und ihrem Finanzminister Wolfgang Schäuble will die SPD den Riegel schieben.

Die EU muss wieder glaubwürdig werden, um nationalistischen Strömungen in Europa Einhalt zu gebieten. Dafür muss sie stärker auf die Bedürfnisse der Bürger in den einzelnen Mitgliedstaaten eingehen. Wie das funktionieren soll, kann Berlin allein nicht entscheiden. Dafür braucht es alle Mitgliedstaaten.

CHRISTOPH REICHMUTH, BERLIN  
christoph.reichmuth@luzernerzeitung.ch

## ANZEIGE

Abonnieren lohnt sich!



Angebote heute auf den Seiten 14 und 31



## INHALT

Agenda	30	Kino	8	Todesanzeigen	12/13
Börse	10	Ratgeber	24	TV/Radio	29
Forum	14	Spiel & Spass	16	Wetter	24